

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern  
Rechtsabteilung  
Münsterplatz 3a  
3011 Bern

per E-Mail an:  
[consultation@vol.be.ch](mailto:consultation@vol.be.ch)

Bern, 18. April 2017

## **Vernehmlassung zur Änderung des Gesetzes über das bäuerliche Boden- und Pachtrecht (BPG) – Anpassung der Gewerbegrenze bei Landwirtschaftsbetrieben**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Evangelische Volkspartei (EVP) des Kantons Bern dankt Ihnen für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung zur Änderung des Gesetzes über das bäuerliche Boden- und Pachtrecht (BPG) teilnehmen zu dürfen.

Die Mehrheit der EVP-Grossratsfraktion hat in der Juni-Session 2016 die Motion Graber unterstützt, welche die Gewerbegrenze für Landwirtschaftsbetriebe im Kanton generell auf 0.6 «Standardarbeitskraft» (SAK) senken will. Im Unterschied zur Regierung, die sich gegen diese Forderung gestellt hat, erachtet die EVP die Senkung der SAK gerade für kleinere Höfe als Chance, um deren Entwicklungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen zu verbessern. Sie sollen wie die grösseren Betriebe ebenfalls von einer innerfamiliären Übergabe zum Vorzugspreis sowie von zusätzlichen Spielräumen bei der Weiterentwicklung (z.B. Bewilligung von nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetrieben ausserhalb der Bauzone) profitieren können.

Die EVP lehnt die Variante der Regierung ab, die die Senkung der SAK nur für das Berg- und Hügellgebiet vorsieht. Damit würde der Wille des Grossen Rates untergraben, der mit der Überweisung der Motion Graber einer generellen Senkung der SAK zugestimmt hat. Die Herausforderungen sind für kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe die gleichen – und dies unabhängig davon, ob es sich um Betriebe im Berg- oder Hügellgebiet oder um solche in der Talzone handelt. Kleine und mittlere Betriebe bieten zudem gute Einstiegsmöglichkeiten für junge Landwirtinnen und Landwirte bzw. für Bäuerinnen und Bauern, die teilzeitlich in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Gerade im ländlichen Raum gilt es die notwendigen Beschäftigungsmöglichkeiten und Perspektiven zu schaffen, um der zunehmenden Abwanderung entgegenzuwirken und die angestrebte dezentrale Besiedlungsstruktur im Kanton zu erhalten.

Die EVP ist sich bewusst, dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft nicht gänzlich aufgehalten und verhindert werden kann. Sie wehrt sich aber dagegen, dass die Behörden diesen Wandel zusätzlich beschleunigen wollen, indem sie der Bildung von Grossbetrieben Vorschub leisten. Dies umso mehr, als die Betriebsgrösse nicht als alleiniges Kriterium für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit eines Hofes herangezogen werden kann. Denn die Grösse eines Betriebs sagt nichts zwingend etwas über dessen Wertschöpfung bzw. dessen wirtschaftlichen Perspektiven aus. Gefragt sind vielmehr neue Betriebsformen, Kooperationen, Diversifizierungen, Innovationen und die Nutzung von Synergien. So können beispielsweise landwirtschaftliche Tätigkeiten gut mit agrotouristischen oder sozialtherapeutischen Aktivitäten kombiniert werden. Gerade für Betreuungsangebote bieten kleinere Betriebe beste Voraussetzungen. Die Senkung der SAK schafft für solche Betriebe die erforderlichen Erleichterungen und Entwicklungsmöglichkeiten.

Die EVP ist davon überzeugt, dass die Zukunft der Landwirtschaft – nicht zuletzt aus der Perspektive der Nachhaltigkeit - nicht zwingend nur den Grossbetrieben gehören muss. Eine einseitige Ausrichtung auf das Wachstum von Betrieben bis hin zu einer industriellen Landwirtschaft bedroht die Bodenfruchtbarkeit, die Biodiversität und den Erhalt einer vielfältigen und artenreichen Kulturlandschaft.

Gar nichts abgewinnen kann die EVP dem Argument des Regierungsrates, dass der Kanton Bern mit einer generellen Senkung der SAK auf 0.6 im interkantonalen Vergleich alleine dastünde. Vielmehr gilt es den Blickwinkel zu ändern. Gerade der wichtige Agrarkanton Bern könnte mit einer solchen Senkung eine Pionierrolle übernehmen, um dem einseitig auf die Bildung von Grossbetrieben ausgerichteten Strukturwandel entgegenzuwirken. Dies hätte bestimmt eine positive Signalwirkung auf andere Kantone und auf die Landwirtschaftspolitik des Bundes.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Mit freundlichen Grüssen

EVP Kanton Bern



Philippe Messerli, Co-Geschäftsführer